Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Rud. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen

Mittag-Ausgabe.



Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil:
J. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 61

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich **drei Mal**, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt **vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M.** Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 25. Januar. 1894

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der **Morgenausgabe 20 Pf.**, auf der letzten Seite **30 Pf.**, in der **Mittagausgabe 25 Pf.**, an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die **Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags**, für die **Morgenausgabe** bis **5 Uhr Nachm.** angenommen.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 24. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Zunächst findet statt die erste Berathung des von dem Abg. **Lieber** und Genossen eingebrachten Gesetzentwurfes betr. die eingetragenen Berufsvereine in Verbindung mit dem gleichlautenden Antrage **Langerfeldt** (Freis. Volksp.)

Der Entwurf lautet: Vereine, welche die Förderung der Berufsinteressen und die Unterstützung ihrer Mitglieder bezweckten, erlangen Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister desjenigen Amtsgerichts, in dessen Bezirk sie ihren Sitz haben.

Abg. **Spahn** (Ctr.) begründet den Antrag, der Entwurf sei schon im Vorjahre eingebracht worden und auf Grund der damaligen Kommissionsberathungen erneuert. Die Rechtsstellung der im Entwurf bezeichneten Vereine müsse gesichert werden. Vor Allem müsse ihnen Vermögens- und Prozeßfähigkeit verliehen werden. Früher habe man gegen eine diesbezügliche Resolution eingewandt, daß sie sich nur auf Arbeitervereine beziehe; der vorliegende Entwurf theile gleiche Rechte allen Vereinen zu. Man möge den Entwurf nicht wieder an eine Kommission überweisen, sondern die zweite Lesung im Plenum vornehmen.

Abg. **Rickert** (Freis. Vereinig.) schließt sich dem Vorredner an.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.) weist auf die englischen und schweizerischen Berufsvereine hin; dieselben seien großentheils nur Organe politischer, besonders der sozialistischen Parteien; in England seien die Vereine die Hauptschürer des Klassenkampfes, an ihrer Spitze steht ja der bekannte John Bums. Auch in Deutschland schlössen sich die Berufsvereine mehr und mehr der revolutionären Propaganda an. Trotz der schlechten Geschäftskonjunkturen stehe zu hoffen, es werde sich für die Arbeiter genug erreichen lassen mit Hilfe der schon jetzt bestehenden staatlichen Versicherungs-Einrichtungen. Redner und ein großer Theil seiner Freunde seien nicht der Ansicht, daß die gewerklichen Berufsvereine den Arbeitern nennenswerthen Nutzen zu bringen geeignet seien; doch würde er sich einer Kommissionsberathung nicht widersetzen.

Abg. **Legien** (S.-D.): Auf die Entfaltung der Arbeiterbewegung wird die Annahme oder Ablehnung der Anträge keinerlei Einfluß ausüben. Diejenigen Gewerksvereine, die noch nicht in sozialdemokratischem Fahrwasser gleiten, werden ohnedies bald in dasselbe kommen. Wer da freilich glaube, das Gesetz werde Arbeitgeber und Nehmer einander nähern, der täuscht sich gewaltig. Das Gute des Gesetzentwurfes ist, daß es eine Fürsorge schon für gesunde Arbeiter ermöglicht, während die staatliche Versicherung nur für die Kranken und Invaliden sorgen will. In England können die Arbeiter endlich mitsprechen, nachdem sie sich die Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern erkämpft haben; auch bei uns in Deutschland wird es dahin kommen, und wenn es noch so viel Kampf kosten sollte. Die optimistischen Erwartungen der Antragsteller theilen wir nicht; was der Entwurf bietet, ist einfach das gute Recht der Arbeiter. Die Hoffnung, durch den Entwurf der sozialistischen Propaganda eine Waffe zu nehmen, wird zu Schanden werden. (Redner geht des Näheren auf den Werth der Arbeiterorganisationen für die Arbeiter ein, wobei er sich u. a. gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Kropatscheck wendet, und fährt dann fort.) Zu bedauern ist, daß die Entwürfe zu einseitig die civilrechtliche und nicht genügend die strafrechtliche Seite der Sache ins Auge fassen; so wird den Polizeiorganen immer noch zu viel Machtbefugniß eingeräumt. Wie schon gesagt, unsere Propaganda wird das Gesetz nicht schaden, noch nützen. Eine Ablehnung werden wir jedenfalls zu Propagandazwecken verwerthen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Reichsp.): Der Vorredner meint: „Ob Annahme oder Ablehnung, Propaganda auf alle Fälle!" Die privilegirten Vereine führen vielfach zur Tyrannei über die einzelnen Mitglieder; das zeigen die englischen Trade Unions. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Das haben die großen Streiks bewiesen. Die Sozialdemokratie möchte durch die gewerklichen Vereinigungen den bis jetzt noch freien Arbeiter unter ihr Joch zwingen und schreckt hier vor keinem Mittel zurück. Jede Verstärkung der Fachvereine bedeutet Stärkung der Sozialdemokratie; deshalb werden wir gegen den Antrag stimmen. (Beifall rechts.)

Abg. **Schneider** (Freis. Volksp.): Das Gesetz kommt keineswegs nur den Arbeitervereinen, sondern allen Genossenschaften, somit auch den Bauernvereinen zugute. Die Arbeiterorganisationen haben allerdings den Impuls gegeben, und zwar unter Mithilfe der Arbeitgeber, welche eine gesicherte Organisation als sicherste Bürgschaft des sozialen Friedens begünstigen. Wenn die englischen Gewerkvereine in das sozialistische Lager abgeschwenkt sind, so kann uns dies in keiner Weise anfechten. Den berechtigten Forderungen der Arbeiter müssen wir entgegenkommen. Man muß auch erwägen, daß die sozialistische Tendenz der englischen Vereine von den Sozialdemokraten übertrieben dargestellt wird. Wir wollen ein Vereinsgesetz nicht beschränken, das bisher nur Gutes gewirkt hat. Die Arbeiter können ihr Interesse wirksamer nur wahrnehmen durch organisatorische Vereinigungen. Dieselben wirken nicht nur Gutes in rechtlicher und wirthschaftlicher Beziehung, sondern fördern auch technische und andere Angelegenheiten. Wir stehen den Anträgen durchaus wohlwollend gegenüber. Eine Kommissionsberathung halte ich nicht für wünschenswerth, stimme vielmehr für eine zweite Berathung im Plenum. (Beifall links.)

Abg. **Möller** (nl.) wendet sich gegen den Entwurf, der keineswegs wirthschaftliche Besserungen bewirke, sondern nur geeignet sei, den Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmer zu schüren.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Die vorliegenden Entwürfe wollen dem Arbeiter wenig genug gewähren; aber schon dieses Wenige findet im Hause Widerspruch. Ob Gewerkvereine oder nicht, sozialistisch werden über kurz oder lang alle Arbeiter sein. Ohne Organisation würden die Arbeiter ihren Arbeitgebern wehrlos gegenüberstehen. Herr v. Stumm sprach von freien Arbeitern, die durch die Vereine tyrannisirt würden. Will er vielleicht mit diesen „freien Arbeitern" auf seine Arbeiter anspielen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir werden selbstverständlich das Gesetz benutzen, wenn es zu Stande kommt, andererseits es für die Agitation ausbeuten. Herr v. Stumm möchte am Liebsten das Koalitionsrecht der Arbeiter aufheben. Wenn der Herr von Tyrannei der Mitglieder durch die Vereine spricht, so sollte er doch auch die Tyrannei seitens der Unternehmer berühren (Sehr wahr! links). Die Vertreter des Kapitalismus schließen sich zu Korporationen aller Art zusammen, selbst zu solchen, die die Rechte der Arbeiter beschränken wollen: Schließen sich diese zusammen, so ist das auf einmal etwas anders. Sie befürchten Lohnkämpfe in Folge der Annahme des Entwurfs; wenn z. B. die Landwirthschaft bessere Löhne zahlte, wäre das so schlimm? Der billige Arbeiter ist theurer insofern, als er sich schlechter nähren muß und in Folge dessen weniger leistet, als der gut bezahlte. Eine Organisation der ländlichen Arbeiter wird auch dem Grundbesitz Nutzen bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort nehmen die Abgg. Spahn und Dr. Meyer-Halle.

Die verbundenen zwei Gesetzentwürfe werden gemäß einem Antrage des Abg. Frhrn. v. Stumm an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Zu Ehren des verstorbenen früheren Bureau-Direktors des Reichstags, Happel, erheben sich die Mitglieder des Hauses von ihren Sitzen.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Abzahlungsgeschäfte, Waarenbezeichnungen, Invalidenfonds).

Schluß 5 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 24. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die erste **Etatsberathung** wird fortgesetzt.

Abg. **v. Kröcher** (kons.): Ich spreche nicht im Namen der gesammten Fraktion, für die Graf Limburg gesprochen hat, und werde nicht eine sogenannte Etatsrede halten. Graf Limburg hat die Ansicht der Partei schon ausgesprochen, daß wir keinen Reichsfinanzminister wollen, sondern nur einen Einfluß der preußischen Bevollmächtigten auf den Bundesrath erstreben. Abg. Rickert beklagte sich, daß wir Reichstagsreden hielten, aber er hat dasselbe gethan. Abg. Rickert erklärte, daß nicht nur die Landwirthschaft Noth leide, sondern auch alle übrigen Erwerbszweige. Das ist es ja, was wir immer betont haben: Hat der Bauer Geld, so hats die ganze Welt! Hat er kein Geld, so gehts allen Leuten schlecht. Wenn die Grundsteuer aufgehoben ist, so ist der Landwirth damit noch nicht den übrigen Berufsständen gleichgestellt, es ist ihm blos eine Ungerechtigkeit abgenommen. Wenn Abg. Rickert beklagt, daß wir durch das Nothgeschrei dem Landwirth den Kredit verderben, so halten wir das für kein Unglück. Schade, daß das nicht schon früher geschehen ist, denn die Verschuldung des Grundbesitzes rührt ja davon her, daß der Kredit zu groß war. Abg. Rickert beklagt auch das Dreiklassenwahlrecht. Warum hat sich die Fortschrittspartei nicht in der Konfliktszeit dagegen ausgesprochen, wo sie die Mehrheit hatte? Mag sie uns doch auch etwas gönnen. (Heiterkeit.) Wir Landwirthe stehen vollständig auf dem Boden des Erlasses von 1884 und freuen uns, daß er wieder für die Zukunft erneuert worden ist. In der Vergangenheit ist dagegen nicht gefehlt worden. Das Zeugniß wird man uns nicht versagen, daß wir Konservativen, wenn ein konservativer Beamter gemaßregelt worden ist, keinen Ton des Murrens dagegen haben laut werden lassen. Wir waren ja auch oft nicht mit dem Fürsten Bismarck einverstanden, aber wir halten ihn doch für größer, als die jetzigen Minister und uns Alle. Man macht uns den Vorwurf, daß wir den Ruf erheben: Fort mit Caprivi! Dieser Ruf mag vielleicht von einer Seite gefallen sein. Aber es wäre unkonservativ, wenn wir verlangten, daß ein von Sr. Majestät ernannter Beamter sein Amt quittirt. (Sehr richtig! rechts.) Die Freisinnige Vereinigung und Volkspartei sind in der Erregung von Unzufriedenheit mindestens ebenso weit gegangen, wie wir. Jetzt gelingt es ihnen nur nicht mehr, die Unzufriedenen auf ihre Seite zu bringen. (Heiterkeit.) Die Aufforderung an den Grafen Limburg, erst sparsamer im Reiche zu sein, trifft nicht die rechte Stelle. Wenn Graf Limburg in der früheren Legislaturperiode im Reichstage gesessen hätte, wäre er sparsamer als Abg. Rickert gewesen; er hätte die Zölle nicht vermindert. (Heiterkeit.) Ebenso weist Abg. Rickert auf die Eisenbahntarife hin. Es ist ja bequem, mit Schnellzügen zu fahren, die auf dem Lande nicht anhalten, aber die Leute können auch dafür bezahlen.

Abg. **v. Eynern** (nl.): Der Finanzminister hat selbst ausgeführt, daß die Grundlagen unserer Finanzen durchaus gesund sind. Ich bin überzeugt, daß das Defizit, das auf 70 Millionen veranschlagt ist, durch die sich günstiger gestaltenden Erwerbsverhältnisse weit hinter dem Anschlage zurückbleiben wird. Die preußischen Verwaltungen werden es fernerhin vermeiden müssen, durch Begünstigung ausländischer Bestellungen, die vor zwei Jahren ihren Höhepunkt erreicht hat, die inländische Industrie zu schädigen. In andern Ländern ist das nicht der Fall. Die Folge des bei uns beliebten Verfahrens ist zunehmende Arbeitslosigkeit, Verringerung der Rente des Kapitals und Verminderung der Eisenbahnfrachten. Was die Verwaltung auf der einen Seite erspart, setzt sie auf der andern Seite zu. Unsere Marine hat s. Z. englische Kohle bezogen. Die Bauverwaltung des Nordostseekanals bestellt ihren Granit in Schweden, anstatt im Fichtelgebirge. Allerdings bekommt die Bauverwaltung den Granit in Schweden billiger, aber die Eisenbahnen verlieren dadurch Hunderttausende an Fracht. Namentlich die süddeutschen Staaten machen sich einer solchen Begünstigung der ausländischen Industrie schuldig. Im Interesse der Hebung des Nationalgefühls sollten die einzelnen Verwaltungen in Preußen und im Reiche in dieser Beziehung auf einander gegenseitig Einfluß üben. Ich lese in dem Blatte, das den Namen des Abg. Eugen Richter an der Spitze führt, daß der Finanzminister überaus gereizt durch das Scheitern seines Finanzplanes im Hause erschien. Ich habe von Gereiztheit nichts bemerkt. Herr Richter macht eben seine Spezialbeobachtungen. Ich glaube, wenn die Finanzreform heute nicht angenommen wird, so muß sie im nächsten Jahre wieder kommen. Eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen der Einzelstaaten und des Reichs muß eintreten. Wie kann man die Tabaksteuer bekämpfen? Ist eine Besteuerung des Tabaks mit 2 Mark auf den Kopf der Bevölkerung denn wirklich hoch? Die Tabaksteuer und Weinsteuer trifft gerade die leistungsfähigen Schultern. Wenn Abg. Rickert auf die Reichseinkommensteuer und Erbschaftssteuer hinweist, die doch keine Aussicht auf Annahme haben, so zeigt das, daß seine Thätigkeit eine rein negative ist. Sind aber die Kosten durch Erhöhung der Matrikularbeiträge zu decken, so ist ein Zuschlag zur Einkommensteuer nöthig, der gerade die am wenigsten leistungsfähigen Schultern, die Einkommen bis 3000 Mark am meisten trifft. Wenn also jemand sein Wort dem Reichstag nicht gehalten hat, so ist es demnach der Abg. Rickert und nicht Graf v. Caprivi, dessen Steuervorlagen nicht die leistungsfähigen Schultern treffen. Nachdem die Reichsfinanzreform durch das taktische Geschick des Abg. Richter bei Seite geschoben worden ist, muß wenigstens der Einzellandtag des größten deutschen Bundesstaats sich dieser Sache annehmen. Die Steuerschätzung auf Treu und Glauben hat nicht eine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Beamten veranlaßt. Man begnügt sich ja nicht mit der Deklaration, sondern belästigt die Zensiten mit einer Unmenge Fragen. Namentlich geschieht dies jetzt bei der Veranlagung zur Gewerbesteuer. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wird an die Zensiten in einem Fragebogen die Frage gerichtet: Wie viel Kapital in dem Unternehmen steckt? Wie viel Zinsen in jeder einzelnen Anlage, wie viel Schulden, wie viel Kapitalverluste, wie viel Aufwendungen für Verbesserungen gemacht wurden, wie viel Reservefonds, wie viel für den Unterhalt der Gewerbetreibenden verwendet wird? Es fehlt nur noch, daß man von den Gewerbetreibenden die Veröffentlichung ihrer Bilanz in den Zeitungen verlangt. Ich komme nun zum Bunde der Landwirthe. Als s. Z. die Konservativen eine Niederlage erlitten, meinte der verstorbene v. Meyer Arnswalde, die konservative Partei könne noch nicht agitiren, aber sie werde es schon lernen. Nun, der Bund der Landwirthe hat das Agitiren gelernt, sodaß man glauben könnte, daß er sich Herrn Eugen Richter, der sich ja darin das Allermöglichste leistet, zum Impresario bestellt hätte. Darüber besteht kein Zweifel, daß der Grundbesitz sich in einer schlimmen Lage befindet, namentlich durch die überhand nehmende Verschuldung. Es ist sehr richtig von der Regierung, daß sie hier regelnd eingreifen wird. Hoffentlich gelingt es auch, die geplanten Landwirthschaftskammern zu einer brauchbaren Organisation hier im Hause zu gestalten. Das eine möchte ich aber den Herren entgegenhalten, daß die freien Handels- und Industrievereine oft mehr geleistet haben als die Handelskammern, die doch als Vorbild für die Landwirthschaftskammern dienen. Was der Landwirthschaftsminister über die Regelung des Agrarkredits angedeutet hat, ist sehr nebelhaft und anfechtbar. Gleichzeitig verlangt man nun auch eine Beschränkung und hohe Besteuerung der Börse. Dadurch beunruhigt man nur das Kapital, und das macht sich auch für die Landwirthschaft in der Höhe des Zinsfußes bemerkbar. Die großen Kapitalisten werden dann sehr leicht zur Auswanderung veranlaßt. Was die Bestrebungen der Regierung in der Währungsfrage anbetrifft, so kann der Silberpreis nur auf einer bestimmten Höhe erhalten wreden, wenn die Silberproduktion geregelt wird. Beim etwaigen Versuch, den Silberwerth künstlich zu heben, könnte vielleicht noch mehr Geld verloren gehen, als seiner Zeit beim Abstoßen der russischen Werthe. Wir sind bereit, mitzuarbeiten an einer gesunden Gestaltung unserer Finanzen. Das um so mehr, wenn die Nachricht sich bestätigen sollte, die seit gestern die ganze deutsche Nation mit Freude und Dankbarkeit erfüllt, daß nämlich Fürst Bismarck nach hier kommen und seinen kaiserlichen Herrn begrüßen wird. (Beifall.) Wir alle wollen hoffen in den Wirrnissen dieser Tage, daß aus diesem Begegniß Gutes und Sicheres für unser Vaterland ersprießen möge. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **v. Kardorff** (frk.): Ich hoffe, daß es gelingen wird, das Wahlrecht der Einzellandtage mit dem des Reichstags in Einklang zu bringen. Gerade die freisinnigen Parteien haben ein großes Interesse daran, sie sind ja fast aus dem Parlament verschwunden. (Abg. Richter: Sie wären auch beinahe verschwunden!) Sie werden sonst sicher von der Sozialdemokratie aufgezehrt. Wenn Abg. Richter gemeint hat, die Tabaksteuer und Weinstener seien bereits gefallen, so bin ich anderer Meinung. Bis jetzt sind im Reichstag nur die Gegner der Vorlage erschienen. Bei der Abstimmung werden die Freunde kommen und stimmen. Wir werden ja sehen, wie sich die Dinge entwickeln. Abg. Richter meint, man könne dem landwirthschaftlichen Nothstand abhelfen durch Parzellirung. Das Beispiel Englands beweist das Gegentheil. Dort sind aus Bauerngütern Latifundien geworden. Die Verschuldung nicht bloß des großen, sondern auch des kleinsten Grundbesitzes ist erschreckend gewachsen, wie ich in Schlesien beobachtet habe. Die Leute können ihre Ausgaben aus dem Ertrag des Grundstücks nicht mehr decken. Schließlich wird das Grundstück subhastirt, die Leute werden Tagelöhner. Gewiß hat der Bund der Landwirthe vom Abg. Richter gelernt, aber niemals hätte die bloße Agitation das erreichen können, wenn nicht die Nothlage wirklich groß wäre. (Sehr richtig! rechts.) Die Entvölkerung des platten Landes führt in den Städten zum Drücken der Löhne und zur Arbeitslosigkeit. Von der Erhöhung der Börsensteuer erwarten wir Landwirthe gar nichts, wir befürworten sie nur, weil die Börse sie noch tragen kann. Selbst wenn die Ausgabe ausländischer Papiere abnehmen würde, so würde das kein nationaler Schaden sein. Es sind doch große Kapitalien dabei verloren worden. Wir können kaum leugnen, daß darin, daß Milliarden russischer Papiere in Frankreich domizilirt sind, eine sichere Bürgschaft des Friedens gegeben ist. Was die Silberfrage anlangt, so geht doch das Streben in allen Ländern dahin, das Silber zu remonetisiren. Das ist jetzt ebenso gut möglich, wie es im lateinischen Münzbunde möglich war. Die Gefahr für die Landwirthschaft liegt in der gestei-

gerten *Kaufkraft des Goldes*. Herr Bamberger hat das noch neulich zu leugnen gesucht. Das ist nur eine Spekulation auf die Unwissenheit des Publikums. Durch das dauernde Steigen der Kaufkraft des Goldes sind die Lasten, die der Landwirth in Pacht und Zins auf sich genommen hat, unerträglich geworden. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß unsere gesammten wirthschaftlichen Verhältnisse bald eine Besserung erfahren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Ich hätte nicht Veranlassung genommen zu reden, wenn nicht die freundliche Aufforderung des Finanzministers an meine Freunde, sich auf den Boden der Reichsfinanzreform zu stellen, eine höfliche Reaktion erheischte. Vorher möchte ich aber bezüglich der ungleichen Behandlung der katholischen und evangelischen Beamten dem Abg. Frhrn. von Zedlitz erwidern, daß thatsächlich ein schreiendes Mißverhältniß zwischen den katholischen und evangelischen Beamten herrscht, und wir werden später Gelegenheit nehmen, die Regierung zu fragen: Erkläre mir, Graf Oerindur, doch dieses Räthsel der Natur. (Heiterkeit.) Man klagt darüber, daß wir diese Frage in den Vordergrund stellen. Man sollte sich vielmehr wundern, daß die katholische Bevölkerung dieses Mißverhältniß bisher so ruhig ertragen hat. Ich erkenne die hohe Begabung des Finanzministers an, aber die Art, wie er gestern einen Triumph gefeiert hat, entspricht nicht seiner hohen Begabung. Es ist schon sehr bedenklich, wenn aus der Mitte des Parlaments eines Einzelstaats heraus, noch bedenklicher aber, wenn aus der Regierung heraus über Fragen, die im Schooße des Reichstages noch berathen werden, in den Einzellandtagen Erörterungen gepflogen werden. Der Finanzminister hat es offen ausgesprochen: „Ja, ich habe hier Bundesgenossenschaft.“ Gegen wen? Gegen den Reichstag? Und was für Bundesgenossen? Der preußische Finanzminister hat sich gefreut, daß er die Zustimmung von drei Parteien hat, die in der That die beschlußfähige Hälfte des Hauses um volle 73 Stimmen übersteigen. Nur hat er vergessen, daß diese drei Parteien in der Körperschaft, auf die es ankommt, um 51 hinter der beschlußfähigen Zahl zurückbleiben. Es war vielleicht nicht wohl gethan, diesen Triumphgesang anzustimmen, und dadurch Parteien im Reichstage, auf deren Mitwirkung die Regierung angewiesen ist, zu verletzen. Daß dem Minister jetzt die freikonservative und die nationalliberale Partei zu Hilfe gesprungen ist, erweckt die theils wehmüthige, theils erbitternde Erinnerung an das, was der preußische Finanzminister bei der preußischen Finanzreform gethan hat. Da hat er die Steuerreform mit unserer Hilfe durchgebracht, aber in der Wahlreform uns im Stich gelassen. Wenn der Finanzminister sich hier wirklich Bundesgenossen schaffen will, dann möge er diese 73 Stimmen mehr — wir geben ihm die unsrigen auch gern dazu — benutzen, um das Unrecht aus der Wahlreform wieder gut zu machen. (Beifall.) Mit Unrecht hat Abg. Rickert den übrigen Rednern vorgeworfen, daß sie Reichstagsreden hielten. Er selbst hat die schönste Reichstagsrede verbrochen. Was berechtigt ihn im Namen des Reichstags zu reden und zu sagen: Der Reichstag wird Sie schon Mores lehren? Ich kann Namens meiner Partei noch keine Erklärung über das Finanzgesetz abgeben. Das kann erst geschehen, wenn es im Reichstag zur Berathung stehen wird. Aber was wir da sagen werden, wird sich auf dem Boden dessen bewegen, was von uns zu den einzelnen Steuervorlagen gesagt worden ist. Wir betrachten die Sache nicht als ein Schauspiel für das Publikum, als etwas, das aus dem Handgelenk zu erledigen ist, sondern wir sind uns der Pflicht bewußt, die Angelegenheit nach unserm Gewissen im Austausch der Meinungen zu erledigen. Ich werfe dem Finanzminister keine Schwarzmalerei vor, es ist eine bedenkliche Erscheinung, daß wir schon im vierten Jahre ein Defizit haben, und ich wünsche, daß diesem Zustande möglichst rasch abgeholfen werde. Ich danke dem Minister, daß er durch die preußische Finanzreform einen Anfang gemacht hat, aus diesen Zuständen herauszukommen. Auch über die Natur und Bedeutung der clausula Franckenstein bin ich mit dem Minister einverstanden. Wer von einer „Miquelschen Reform“ redet, thut dies entweder wider besseres Wissen oder kennt nicht die Geschichte der Franckensteinschen Klausel. Die wesentliche Aufgabe der Franckensteinschen Klausel war die Versorgung der Einzelstaaten. Das ist auch klar von allen Seiten im Reichstag im Jahre 1879 ausgesprochen worden. Der Berichterstatter führte aus, daß, wenn das Reich erhebliche Ueberschüsse habe, es sie nicht für sich behalten dürfe. Auch Abg. Windthorst hat dies anerkannt. Fürst Bismarck hat einmal geäußert, daß das Reich durch die Klausel zu einem Versorger der Einzelstaaten werde. Die Franckensteinsche Klausel hat neben dem finanziellen Effekt auch den Nutzen gehabt, daß durch dieselbe der föderative Gedanke gefördert wurde. Die Matrikularbeiträge sind im Laufe der Jahre so hoch gestiegen, daß sie ohne eine fernere Gegenleistung des Reiches nicht erträglich werden. Es geht der clausula Franckenstein so wie der lex Huene. Zuerst wenig Freunde, dann, wenn ihre wohlthätige Wirkung aufhören soll, großes Trauergeläute. Für das heutige Finanzverhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten sind wir alle verantwortlich, auch die Einzellandtage. Hätte die Franckensteinsche Klausel dafür Vorsorge getroffen, daß die Matrikularbeiträge nie die Ueberweisungen übersteigen, so wäre sie ein vollkommenes staatsrechtliches und finanzpolitisches Gesetz gewesen. Eine Ordnung muß herbeigeführt werden, aber die Frage ist, ob der Augenblick und die vorgeschlagenen Mittel die richtigen sind. Bei der außerordentlichen Schwierigkeit, die Mittel auch nur für die Heeresvorlage aufzubringen, bei dem Darniederliegen der Erwerbsverhältnisse ist nach der Meinung vieler meiner Freunde dieser Augenblick zur Reform der denkbar ungünstigste. Der Vorwurf des Finanzministers, die gegnerischen Parteien wüßten nichts Besseres vorzuschlagen, ist nicht zutreffend, denn in der Hauptsache ist die Aufgabe der Parlamente die negative, die Kritik. Aber auf eines muß ich den Finanzminister aufmerksam machen, ohne Beseitigung der Schuldenwirthschaft kann die beste Ordnung der Finanzen nicht helfen. Die Reichsschulden haben sich in sechzehn Jahren mehr als verhundertfacht. Mit den Steuern, die im Reichstag vorgelegt sind, könnte ich mich auch als preußischer Abgeordneter nicht befreunden, wenigstens nicht mit der Weinsteuer. Wenn ich im Augenblicke keine Reform befürworte, so möge man mir nicht vorwerfen, daß ich sie auf die lange Bank schiebe. Der preußische Finanzminister schiebt ja die weitere preußische Finanzreform, den Erlaß eines Eisenbahngarantiegesetzes u. dgl. selber auf die lange Bank. (Beifall im Centrum.)

Finanzminister Dr. **Miquel:** Die Ausführungen des Vorredners über die Nothwendigkeit der Erhaltung und Ergänzung der Franckensteinschen Klausel haben meine Hoffnungen, die ich gestern betreffs der Stellung des Centrums ausgesprochen habe, vollauf bestätigt. Ich habe das Centrum nicht in Gegensatz zu den anderen Parteien stellen wollen, ich erkenne die Bedeutung des Centrums im Reichstage an, und deswegen freue ich mich desto mehr über die Ausführungen des Dr. Lieber, hinter dem wohl der größte Theil der Centrumspartei steht. Ich war immer persönlich ein Gegner der Besprechung von Reichssachen in den Einzelparlamenten, aber hier trifft das nicht zu. Wir haben hier die Fragen des preußischen Etats zu erörtern und zu sehen, welche Einwirkungen die Reichsfinanzen auf die Landesfinanzen haben. Denn beide greifen ineinander ein. Unter diesen Umständen muß die preußische Regierung, wo es sich um die Ordnung gleichzeitig der preußischen Finanzen handelt, großen Werth darauf legen, sich die moralische Unterstützung des Landtags zu sichern. Und muß es nicht dem Reichstag von Werth sein, die Ansichten der einzelnen Landtage zu kennen? Wir sind ja auch nicht die einzigen, die sich über Reichsangelegenheiten unterhalten. Erinnern Sie sich nicht an die Debatten im bayerischen und badischen Landtage? Ich bin also ganz innerhalb der Kompetenz der Einzellandtage geblieben. Wenn der Reichstag uns Mehreinnahmen nicht bewilligt, so stehen wir vor einer permanenten Steigerung der Matrikularbeiträge. Die Situation wird immer schwieriger werden. Daher können wir die Reform, deren Berechtigung Dr. Lieber zugestanden hat, nicht aufschieben. Denn es handelt sich dabei nicht blos um eine finanzpolitische Maßregel, sondern um die nationalpolitische Frage, ob es gelingen wird, auf die Dauer ein erträgliches Verhältniß zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten zu erhalten. Wenn die preußische Finanzreform stecken geblieben ist, so liegt das eben an dem jetzigen Verhältniß Preußens zum Reich. Das ist wieder ein Beweis, wie nothwendig eine Regelung dieses Verhältnisses ist. Ich habe kein Mißtrauen gegen den Reichstag, wir wollen abwarten, wie er den ihm gestellten Aufgaben gerecht werden wird. Unsere Aufgabe ist es nur, ihm die Nothwendigkeit und Dringlichkeit unserer Vorschläge darzuthun. Der Finanzminister geht dann auf einige Einzelheiten im preußischen Etat ein und hebt die trotz der schlechten Finanzlage bedeutenden Aufwendungen für Kanalbauten und Meliorationen hervor. Von wirklichen Ersparungsvorschlägen haben wir, abgesehen von Einzelheiten, im Laufe der Debatte nicht gehört. Es ist sogar gesagt worden, daß wir noch zu wenig ausgegeben haben. Das Defizit von 70 Millionen dürfte kaum geringer werden. Wir sind daher auf Mehreinnahmen im Reich oder in Preußen angewiesen. Denn der Zustand darf nicht fortdauern, daß Fehlbeträge durch Anleihen gedeckt werden. Nimmt der Reichstag unsere Forderungen nicht an, so sind wir in Preußen zur Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer gezwungen. Unser Prinzip muß sein: Vorsicht in den Ausgaben und dauernder Einklang zwischen Einnahmen und Ausgaben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** (freik.) bestreitet, daß die Katholiken in der Aemterbesetzung benachtheiligt würden. Preußen müsse einmal zur Schuldentilgung kommen, und das werde am besten durch eine Steuerreform erreicht. Die von der Regierung vorgeschlagene Reform sei die beste. Die Freisinnigen verhielten sich immer negirend, und sie würden selbst gegen eine etwa von der Regierung vorgeschlagene Reichseinkommen- und Reichserbschaftssteuer Bedenken vorzubringen wissen. Die Freisinnigen wiesen immer nur auf die Liebesgaben hin, deren Abschaffung gefordert werde. Aber die Liebesgabe sei doch auf Grund eines Gesetzes geschaffen, gegen das die Freisinnigen gestimmt haben. Die Landwirthschaft sei nicht in einer momentanen Nothlage, sondern in einer permanenten. Ihre Verhältnisse seien von der des Handels und der Industrie verschieden. Wer einen Cigarrenladen habe, könne ihn mit geringem Schaden aufgeben, wer eine Fabrik besitze, könne mit geringem Verlust liquidiren, die Landwirthschaft aber sei gezwungen, immer zu produziren. Die Einführung der Doppelwährung, die der Landwirthschaft zu helfen im Stande sei, bedeute nicht eine Bezahlung der Goldschulden in Silber, sondern eine Erhöhung und Befestigung des Silberpreises. Mit Herrn v. Eynern stimme ich darin überein, daß durch die Wiederannäherung des Kaisers an den Reichskanzler dem deutschen Volke eine Herzenserleichterung geworden ist. Ich hoffe, daß sich auch bezüglich des russischen Handelsvertrags eine Einigung erzielen lassen wird und dazu die von uns eingebrachte Interpellation beitragen wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Richter** (Freis. Volksp.): Die Wirkungen der Interpellation wollen wir doch erst abwarten. Ich habe die gestrigen Reden hier nicht gehört, weil ich im Reichstage war; aber ich habe wohl nichts eingebüßt, soweit sich diese Debatte auf Reichstagsfragen bezogen hat. Man hat versucht, die im Reichstage begonnene Diskussion hier fortzusetzen, und Herr v. Kardorff hat sogar versucht, eine im Reichstage mir gegenüber vorgestern begonnene Diskussion fortzusetzen. Ich weiß nicht, ob es dem Ansehen des Hauses nützt, wenn man den Abhub von der Tafel aufträgt, die im Reichstag gedeckt ist. (Sehr richtig! links.) Man wirft uns Popularitätshascherei vor. Gleichzeitig erwähnt man unsere Opposition gegen die Börsensteuer. Nun ist nichts populärer als die Börsensteuer. Popularitätshascherei ist also auch die Befürwortung der Börsensteuer. Dem Finanzminister muß ich zugeben, daß die Finanzreform im Reiche auch zur Kompetenz dieses Hauses gehört. Aber die zahlreichen Abgeordneten aus allen Parteien, die zugleich dem Reichstag und Landtag angehören, sind berufen, das Reichsinteresse einerseits und die Interessen der Einzelstaaten andererseits einheitlich zu vertreten. Die erste Berathung über das Finanzreformgesetz wird hoffentlich morgen oder spätestens am Montag stattfinden, und so kann ich mir einen großen Theil dessen ersparen, was ich auf die Ausführungen des Finanzministers zu sagen hätte. Die Niedergeschlagenheit, die wir bei dem Finanzminister in der letzten Zeit wahrgenommen haben, hat sich gewissermaßen aufzurichten gesucht an der Rede des Abg. Lieber. Ich habe diesen Eindruck von der Rede nicht gehabt. Wenn ich im Bilde des Kurszettels die Sache darstellen sollte, so möchte ich sagen, daß ich auf die Rede des Herrn Lieber keine Haussespekulation eingehen möchte. (Heiterkeit.) Der Finanzminister hat gestern eine höfliche Verbeugung vor dem Abg. Lieber und seinen Freunden gemacht. Darauf hat Abg. Lieber dem Finanzminister die Hand gedrückt. Er hat das in der feierlichen und ceremoniösen Weise gethan, die seiner Redeweise eigen ist. (Heiterkeit.) Aber ich habe bei allen diesen Händedrücken kein Geldstück in der Hand gesehen (Heiterkeit) und das ist es doch, worauf es dem Finanzminister ganz allein ankommt. (Heiterkeit.) Man könnte über die Rede des Abg. Lieber das Motto schreiben: was ich mir dafür kaufe! (Heiterkeit.) Mit den Steuern, wie sie vorliegen, wollte Dr. Lieber nichts gemein haben, und wenn er nun die Verwerflichkeit ausdrücklich betont hat, so erkläre ich mir das ganz natürlich aus den Verhältnissen seines Wahlkreises. Der Abg. Lieber hat aber ausdrücklich Bezug genommen auf die Erklärungen des Abg. Fritzen im Reichstage, und die gingen dahin, daß man in der Steuerbewilligung noch unter den Mehrkosten der Heeresorganisation bleiben werde, daß man also in der Centrumspartei nicht geneigt sei, Mittel zur Durchführung des Gesetzentwurfs über die Finanzreform zu bewilligen. Abg. Lieber hat sich auch insbesondere über die *Franckensteinsche Klausel* ausgesprochen. Ich habe kaum Lust, in die akademische Erörterung einzutreten darüber, ob ein neuer Geldschrank in dieser Weise aufgeschlossen werden soll, und ob der neue Geldschrank schöner und bequemer ist als der frühere, wenn man nicht geneigt ist, etwas hineinzulegen. Denn darüber kann kein Zweifel sein: der Geldschrank erhält nur eine Füllung durch neue Steuern über den Betrag der Heereskosten hinaus. Bei dieser rein akademischen Erörterung hat der Abg. Lieber gemeint, über die Zeit und die Mittel welche er von dem Finanzminister ab. Was bleibt denn da noch übrig? Es ist vollkommen richtig, die jetzige Zeit ist für die Finanzreform die denkbar ungünstigste. Denn eine solche Reform setzt doch voraus, daß man die vorliegenden Verhältnisse klar zu übersehen vermag. Das ist aber bei der gegenwärtigen Anomalie der Erwerbsverhältnisse am wenigsten möglich. Auch ich halte die clausula Franckenstein nicht für das Ziel finanzpolitischer Weisheit. Ich will mich nicht darüber äußern, wie sie verbessert werden kann, da man nie sicher ist, ob solche Erklärungen nicht zu Handhaben benutzt werden. Ich bin ein Anhänger der clausula Franckenstein in dem Sinne, daß, so lange die direkten Steuern im Reich nicht eingeführt werden, ich finanz-politisch und konstitutionell die volle Aufrechterhaltung der Franckensteinschen Klausel wünsche. Sie wird aber durch die beabsichtigte Finanzreform in zweifacher Richtung eingeschränkt. Einmal sollen alle Ueberschüsse, welche sich künftig rechnungsmäßig ergeben gegen den Etat, nicht wie bisher den Einzelstaaten überwiesen werden, sondern beim Reich verbleiben. Zweitens werden thatsächlich die Ueberweisungen auf 40 Millionen festgesetzt, ich meine thatsächlich nicht formell; denn formell ist es nicht zulässig, über diesen Betrag hinaus den Einzelstaaten Mehrüberweisungen zu Theil werden zu lassen. Wenn Sie aufmerksam die Etatsrede des Finanzministers gelesen haben, werden Sie finden, daß er diese Auffassung selbst theilt. Der Gesetzentwurf über die Finanzreform bedeutet also, daß angefangen wird zu verzichten auf alle Wirkungen der clausula Franckenstein in der Vergangenheit, daß das Reich in die Lage gesetzt werden soll, die natürlichen Mehreinnahmen aus Zöllen und Steuern für sich zu verwenden. Die 40 Millionen, welche den Einzelstaaten überwiesen werden sollen, werden nicht aus den vorhandenen Steuern genommen, sondern aus Steuern, die zu diesem Zweck neu eingeführt werden. Was kommt dabei heraus, daß die natürlichen Mehreinnahmen der Zölle und Steuern für Mehrbedürfnisse des Reichs verwendbar werden? Diese natürlichen Mehreinnahmen sind für die nächsten fünf Jahre auf 80 Millionen berechnet worden, sie erhöhen sich durch die neuen Steuern auf 114 Millionen, und das ist die Pointe des ganzen Gesetzentwurfs über die Finanzreform, dem Reiche 114 Millionen Mark für wachsende Bedürfnisse, für Heer und Marine für die nächste Zeit zur Verfügung zu stellen, diese Summe frei zu machen gegenüber den Einzelstaaten und die clausula Franckenstein den Einzelstaaten abzukaufen durch 40 Millionen, die noch dazu erst neu zu beschaffen sind. Das ist auch die Auffassung, die ich in der Centrumspresse immer wiederkehren sehe. Der Finanzminister hat mit großer Genugthuung auf die *Uebereinstimmung der drei großen Parteien des Hauses* hingewiesen. Ich gönne dem Finanzminister diese Genugthuung, sie macht ihm Freude und kostet uns nichts (Heiterkeit). Wenn es umgekehrt wäre, wäre es schlimmer. Wenn man im Reichstage mit seiner Finanzreform einverstanden wäre, wäre es kostspieliger (Heiterkeit). Dort ist es übrigens mit der Einmüthigkeit unter denselben drei Parteien nicht so weit her. Für die angebliche Einmüthigkeit der Regierungen, auf die sich der Finanzminister beruft, war doch ein drastischer Vorgang im Reichstag bezeichnend. Und was die Einmüthigkeit der drei Kartellparteien im Reichstage anbetrifft, so haben sowohl konservative Redner, z. B. Frhr. von Hammerstein gegen die Tabaksteuer und nationalliberale und freikonservative Redner bald gegen die Tabaksteuer, bald gegen die Weinsteuer, bald gegen die neue Stempelsteuer gesprochen. Ob überhaupt ein einziger Nationalliberaler für die Weinsteuer ist, habe ich bis jetzt nicht herauszufinden vermocht, gemeldet hat sich bisher noch keiner für die Weinsteuer. Wenn hier die Einmüthigkeit größer ist, so ist das erklärlich; hier liegt für die Entscheidung nicht die Verantwortlichkeit, man kann sich platonisch für neue Steuern begeistern, wenn man keine Verantwortlichkeit für die Abstimmung gegenüber dem Lande zu tragen hat. Deshalb ist es erklärlich, daß man sich hier und da in den Einzellandtagen zur Finanzreform freundlich gestellt hat. Uebrigens ist es auch damit nicht so weit her. Ich habe aus den badischen Landtags-Verhandlungen durchaus nicht den Eindruck gewonnen, wie der Finanzminister. Der Finanzminister meinte, im Reich liege das Geld auf dem Tische, man brauche nur Matrikularumlagen auszuschreiben. Dem gegenüber muß ich doch darauf hinweisen, daß im Reich keine Ausgaben erhöht werden ohne Zustimmung des Bundesraths, und zu diesem Bundesrath gehört der preußische Finanzminister selber. Warum erheben Sie nicht gegen die Erhöhung der Matrikularumlagen Einspruch, wenn es darauf ankommt? Ich selbst habe im Gegensatz gegen Frhrn. v. Huene bei der letzten Etatsaufstellung für eine andere Deckung gestimmt. Graf Limburg stellte die Einführung eines Vorverfahrens als nothwendig hin, vor der Entscheidung des Bundesraths eine Vorverhandlung für die Finanzvorlagen, die an den Reichstag gelangen. Ich glaube, bei den Hauptpositionen, auf die es ankommt, bei den letzten Ausgabesteigerungen, würde ein solches Verfahren nichts nützen. Bei der Heeresorganisation hat ein solches Vorverfahren stattgefunden, die Grundzüge sind vor ihrer etatsmäßigen Veranschlagung dem preußischen Staatsministerium vorgelegt worden und man hat nicht gehört, daß der Finanzminister auch nur Widerspruch erhoben hätte gegen das Plus der Ausgaben. Also so lange der Finanzminister im Verhältniß zu seinen uniformirten Kollegen liebenswürdiger und freigebiger ist als gegenüber beispielsweise dem Kultusminister und Justizminister, werden alle Aenderungen in Bezug auf die formellen Verhältnisse nichts nützen. — *Schwarzmalerei* ist hier allerdings betreffs der Reichsschulden getrieben. Die Milliarde, die in den letzten fünf, sechs Jahren an Anleihen aufgenommen ist, rührt aus den großen Militär- und Marinekrediten her, und Diejenigen sind verantwortlich, die dafür gestimmt haben. So lange der Anleihebedarf ein regelmäßiger ist, ist die Schuldentilgung eine leere Form, eine Spielerei. Die Rücksichtnahme auf die Zukunft kann sich nur kundgeben, indem man einen verhältnißmäßig größeren Betrag von einmaligen außerordentlichen Ausgaben aus laufenden Mitteln deckt. Gerade in dieser Beziehung hat der Reichstag viel mehr gethan, als alle solche vom Grafen Limburg vorgeschlagenen Einrichtungen vermöchten. — Der Abgeordnete Sattler hat ein Defizit von über 80 Millionen ausgerechnet, weil man die Verminderung der Aktiven durch die Veräußerung von Grundstücken hinzurechnen müsse. Abgeordneter Sattler hat aber nicht die Vermehrung der Aktiven aus laufenden Mitteln hinzugerechnet und die Verminderung der Passiven aus laufenden Mitteln. Hier handelt es sich bloß um ein Kassendefizit. Ich kann mehr ausgeben, als ich einnehme und doch ein sehr reicher Mann dabei werden, wenn ich mein werbendes Vermögen durch die Ausgaben erhöhe. Das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung ist doch eine Verbesserung des werbenden Vermögens der Eisenbahnen, wir haben hier ein Analogon zum Erneuerungsfonds der Privatbahnen. Ebensolche Posten finden Sie im Etat der Berg- und Hüttenverwaltung, der Domänen- und Forstverwaltung, wir kommen dort im Ganzen auf 7 Millionen. Rechnen Sie dazu die 44 Millionen, die derart bei dem Eisenbahnetat vorhanden sind, so kommen Sie in diesem Etat auf 51 Millionen, die verwendet werden zur Verbesserung der Aktiven. Diesem stehen 13 Millionen aus Veräußerungen gegenüber. Es bleiben also 38 Millionen. Nehmen wir dazu noch das Plus von 41 Millionen für Schuldentilgung, so erhalten wir 79 Millionen, um welche sich die nutzbare Bilanz des Staates verbessert. Das sind neun Millionen mehr, als das Defizit beträgt. (Heiterkeit rechts.) Auch wenn dabei die Schuldentilgung nur 0,6¼ Proz. des Anlagekapitals beträgt, ist doch dieser Prozentsatz noch höher als bei den Privatbahnen, bei denen die Aktien überhaupt nicht amortisirt wurden und die zu amortisirenden Prioritäten höchstens die Hälfte des Anlagekapitals betrugen. Der ganze Etat sieht auch nur deshalb so ungünstig aus, weil man die Mehreinnahmen aus der neuen Einkommensteuer in verfassungswidriger Weise nicht in den Etat einstellt, sondern besonders kapitalisirt zu einer besonderen Verwendung. Um demnächst um einige Millionen den Zuschuß für die Schulen zu erhöhen, dazu bedarf der Staat doch heute nicht einer Kapitalisirung von Staaten. Diese Bestimmung des Gesetzes hatte nur den Zweck, die Handhabe, die Drehscheibe zu bilden zur Beseitigung jener Bestimmung, welche diese Einnahmen der Kommunen zuwenden wollte. Wenn also davon gesprochen wird, daß wir schon seit vier Jahren ein Defizit haben, so muß man dem gegenüberstellen, daß seit drei Jahren 42 Millionen jährlich außerhalb des

Etats an Einnahmen aus der neuen Einkommensteuer bei Seite gelegt sind. Deshalb findet ja auch eine Aufnahme von Anleihen thatsächlich gar nicht statt. Mit Recht sagt Graf Limburg: Die Grundlagen unserer Finanzen sind gar nicht schlecht; nur augenblicklich ist die Lage ungünstig; aber eben deswegen darf man nicht dauernde Steuern bewilligen. Daß man in guten Jahren Schulden tilgt, ist sehr natürlich, aber man kann es dann nicht in ungünstigen Jahren so darstellen, als ob die regelmäßige Schuldentilgung, die wir gemacht haben, überhaupt die einzige wäre, die noch bei uns in Betracht kommt. Wir haben ja in den Jahren 1887 bis 1890 270 Millionen Schulden außerordentlich getilgt. Das Defizit, das für 1892/93 etatisirt war, betrug 42 Millionen, beläuft sich aber wirklich nur auf 25 Millionen. Das Defizit des laufenden Jahres müßte noch wegen der nachträglichen Erhöhung der Matrikularbeiträge um 15 Millionen höher sein, als im Januar angegeben wurde. Trotzdem ist es nach der Veranschlagung nicht 15 Millionen höher, sondern es bleibt noch um 9 Millionen hinter dem etatsmäßigen Ansatz zurück. Es ist also auch hier bereits eine Verbesserung um 24 Millionen in den preußischen Verhältnissen eingetreten. Wie weit wir von normalen Verhältnissen entfernt sind, das beweist die einfache Rechnung, daß, wenn die Eisenbahneinnahmen aus der natürlichen Steigerung des Verkehrs nach dem prozentualen Durchschnitt der letzten zehn Jahre etatisirt würden, man dann auf ein Plus der Eisenbahneinnahmen gegen den Etatsansatz von 30 Millionen kommen würde. Ob das gerechtfertigt ist in diesem Augenblick, will ich dahingestellt sein lassen. (Hört, hört! rechts.) Ja, entscheidend ist nur, daß hier ein augenblicklich anormales Verhältniß vorliegt, und das zu konstatiren genügt für den heutigen Zweck. Es werden ja nach den Erfahrungen der früheren Jahre die Etatsberathungen dieses Hauses an dem Etat wenig ändern; sie unterscheiden sich dadurch erheblich von denen des Reichstages. Es fehlt hier der bewegliche Einnahmefaktor, die Möglichkeit, die Einnahmen nachzulassen, wenn man an Ausgaben spart; in Folge dessen haben diese Etatsverhandlungen nur formelle Bedeutung. Es wird sehr viel bei Gelegenheit des Etats geredet, aber über den Etat selbst sehr wenig gesprochen. Wenn also aus der Initiative des Hauses heraus sehr wenig zu erwarten ist, so hat das Haus wenigstens einen bescheidenen Punkt in der Hand, Ersparnisse zu machen, nämlich beim Etat des Landtags. Das gesetzgeberische Programm dieser Session könnte daher in kurzer Zeit abgeschlossen werden, es würden dadurch erhebliche Ersparnisse an Diäten entstehen, wenn das Haus nicht auf der schlechten Praxis beharren wollte, über Dinge zu sprechen, die es eigentlich nichts angeht, über Reichstagssachen. (Lachen rechts.) Damit fördern Sie nicht das Ansehen des Hauses, Sie erschüttern nur die Luft, und Sie üben dabei nicht den mindesten Einfluß auf die gesetzgeberische Entscheidung. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. **Miquel:** Der Abg. Richter muß doch von der Befähigung der sämmtlichen Finanzminister der deutschen Einzelstaaten eine sonderbare Vorstellung haben, wenn er glaubt, daß dieselben eine Finanzreform vorlegen werden, die die Einzelstaaten schädigt; sie erblicken vielmehr hierin einen bedeutenden Gewinn nicht bloß in der Konsolidirung und Stabilisirung der Finanzen, sondern auch eine Garantie für die Mehrüberweisungen. Ueber eine Einmüthigkeit im Reichstage gegenüber der Finanzreform habe ich nicht gesprochen, sondern nur von einer Einmüthigkeit in diesem Hause darüber, daß das Finanzverhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten geregelt werden muß. Der Abg. Richter hat schon viele Parteien als sterbende hingestellt, z. B. stirbt ja nach ihm die nationalliberale Partei schon seit 20 Jahren. (Heiterkeit.) Ich sehe es nicht, wohl aber sehe ich, daß andere Parteien im Absterben begriffen sind (Heiterkeit). Die Finanzreform soll in der That die Grundsätze verwirklichen, die Abg. Richter selbst aufgestellt hat. Es ist dies einer der wenigen Fälle, in denen Abg. Richter seine Ansicht geändert hat. Der Abg. Richter hat bei der Entscheidung über die Franckensteinsche Klausel mit Nein gestimmt. (Zuruf des Abg. Richter.) Heute steht er allerdings auf dem Standpunkte der Franckensteinschen Klausel. (Abg. **Richter:** In Folge der neuen Steuern!) Abg. Richter verwirft die Schuldentilgung, so lange man neue Anleihen mache. Die Schuldentilgung hat den Vortheil, die Neigung zu Mehrausgaben zu vermindern. Ich wäre froh, wenn die Tilgung der Prioritätsanleihen, wie sie früher üblich war, noch fortdauerte. Mit seiner finanzpolitischen Anschauung über Schuldentilgung steht Abg. Richter ganz allein. Die gesammte Schuldentilgung beträgt nur 1¼ Prozent. Die Thesaurirung der Ueberschüsse aus der Einkommensteuer aber dauert nur bis 1895. Bis dahin kommt Preußen vom Reiche überhaupt nichts. In Zukunft werden die 40 Millionen Ueberschüsse ausgegeben als Ersatz für Ausfälle durch Ueberweisung verschiedener Steuern an die Gemeinden. Der Staat verdient dabei keinen Pfennig. Aber auch bis 1895 hat der Staat vom thesaurirten Betrag keinen Nutzen, denn die Gelder dürfen ja nicht benutzt werden, sie liegen im Schrank. Bei den Eisenbahnausgaben handelt es sich um nothwendige Ausgaben für Aufrechterhaltung des bisherigen Betriebs. Wenn die Schuldentilgung als Vermögenszuwachs angesehen wird, dann lügt man sich in seine eigene Tasche hinein. Gegenüber den Ausgaben, die nothwendig wären, z. B. für Regulirung der Flüsse allein 42 Millionen, reichen unsere Einnahmen nicht aus. Von der allmählichen Besserung der Verhältnisse haben wir in diesem Etat bereits die Konsequenzen. Abg. Richter verwies auf die natürliche Steigerung der Reichseinnahmen. Dem gegenüber sind aber auch die Reichsabgaben gestiegen. Ich glaube, Abg. Richter der große Finanzkenner, ist in Zeiten, wo die Einnahmen vermehrt werden sollen, großer Optimist, in Zeiten, wo die Ausgaben vermehrt werden sollen, schildert er die Finanzen mit großem Applomb als möglichst schlecht. (Heiterkeit.) Als es sich um die Militärvorlage handelte, bezeichnete Abg. Richter die Mehreinnahmen von 80 Millionen als unwahrscheinlich. Die 80 Millionen Mehreinnahmen im Reich in den nächsten fünf Jahren verschwinden gegenüber den steigenden Ausgaben wie Butter an der Sonne. (Beifall rechts.)

Die Debatte wird hierauf geschlossen.

Persönlich bemerkt Abg. **Richter:** Ich habe im Reichstag damals gegen die Clausula Franckenstein gestimmt, weil ich die neuen Steuern nicht haben wollte und die Annahme der Klausel die Brücke zu den neuen Steuern gewesen ist. Ich habe in der Militärkommission nicht diese 80 Millionen natürlicher Steigerung als unwahrscheinlich bezeichnet, sondern bort hervorgehoben, daß die Einzelstaaten einen Anspruch hätten, diese natürlichen Einnahmen für sich zu behalten nach der Clausula Franckenstein.

Die Hauptpositionen des Etats werden sodann, wie üblich, an die Budgetkommission verwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Interpellation v. Kröcher über den Abschluß künftiger Handelsverträge, Gesetzentwürfe betr. Ruhegehalt der Lehrer an nichtstaatlichen Mittelschulen und betr. Stadterweiterungen und Zoneneintheilung.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. Jan. [Die Versöhnung.] Ueber die Ankunft des Fürsten Bismarck gehen die Nachrichten auseinander. Vielmehr, es ist noch nichts darüber fest beschlossen worden. Mindestens war bis zum Spätnachmittag an den zuständigen Stellen nur bekannt, daß der lebhafte Depeschenwechsel zwischen hier und Friedrichsruh der Feststellung des Ankunftstages und der Dauer des Aufenthalts gelte. Richtig ist, daß der Kaiser in seinem zweiten Briefe an den früheren Reichskanzler gebeten hat, der Besuch möge bereits zur Geburtstagsfeier stattfinden. Sollte Fürst Bismarck diesem Wunsche nicht nachkommen können, vielleicht weil Schweninger es widerräth, die sehr große Unruhe des Geburtstagsfestes mitzumachen, so wäre die Ankunft des Fürsten am Sonntag oder Montag zu erwarten. Die Parterrezimmer im Schlosse, die für den Fürsten hergerichtet werden, sind die prunkvollsten Gemächer, die sich in dem ganzen Gebäude finden. Wie uns berichtet worden ist, dienen diese Zimmer sonst nur zur Aufnahme königlicher oder kaiserlicher Gäste. Das zweite Schreiben des Kaisers an den Fürsten ist abgegangen, nachdem der Kaiser mit dem Reichskanzler eine Unterredung gehabt. Es wird heute nirgends mehr bezweifelt, daß Graf Caprivi aufrichtige Genugthuung über die Annäherung des Kaisers und des Fürsten Bismarck empfindet. Aber es kann nur nützen, wenn hier auf Grund der allerbesten Erkundigungen wiederholt wird, daß der Kaiser in dieser Sache von Anfang an sich im niemals gestört gewesenen Einklang mit seinem ersten Rathgeber befunden hat. Damit entfallen alle Deutungsversuche, die zu Gunsten bekannter Tendenzen verwerthet werden könnten, und als unmittelbares politisches Ergebniß bleibt nur übrig, daß ein gefährlicher Agitationsstoff beseitigt wird. Es ist eine Befreiung von unerträglichen Lasten, die uns im Gefolge der Aussöhnung zu Theil werden soll. Die Verhältnisse sind einstweilen nicht danach angethan, die lebhaft bekundete Freude der agrarischen Gegner des Reichskanzlers auf den sachlichen Kern zu prüfen, der zurückbleiben wird, wenn die wichtigsten Wirkungen des hervorragenden Ereignisses ihr materielles Schwergewicht werden erweisen können. Man wird es ja in allen Lagern abzuwarten haben, was weiter kommen wird. Aber fraglos erscheint es jedem Beobachter, der sich sein nüchternes Urtheil bewahrt, daß der mögliche Nutzen, den sich die konservative Opposition von der Annäherung zwischen dem Schloß und Friedrichsruh verspricht, jedenfalls nicht für die unmittelbare Politik des Tages und für die jetzt zur Entscheidung stehenden großen wirthschaftspolitischen Fragen herausspringen kann. Es ist denn auch wahrzunehmen, daß die Stimmung in jenem Lager die anfängliche Ueberschwänglichkeit schon hat fahren lassen, und die Entrüstung darüber, daß die Versöhnungsaktion den Konservativen das Bismarcksche Banner entwinde, eine Entrüstung, die beispielsweise die „Kreuzzeitung“ heute in derben Worten ausdrückt, zeigt hinlänglich, daß die Auffassung zutrifft, gegen die sich die Abwehr richten soll.

W. B. **Hamburg,** 24. Jan. Der „Hamb. Korresp.“ erfährt aus bester Quelle, die Abreise des Fürsten Bismarck nach Berlin sei definitiv auf Freitag 9 Uhr 20 M. früh festgesetzt.

W. B. **München,** 24. Jan. [Kammer der Abgeordneten.] Der Antrag des Abg. Daller, betr. die Abstellung des Duells, wurde mit den Stimmen des Centrums, der Sozialdemokraten und der Mitglieder des Bauernbundes gegen die der Liberalen angenommen. Der Kriegsminister Frhr. v. Asch hatte vorher erklärt, wenn ein Landwehrbezirkskommando die Belassung eines Offiziersaspiranten in der Liste von der vorgängigen Erklärung abhängig mache, daß der Betreffende sich gegebenen Falles duelliren würde, so geschehe dies nicht auf Grund einer bestehenden Vorschrift, sondern aus eigener Initiative.

W. B. **Braunschweig,** 24. Jan. Im Namen des Regenten eröffnete Staatsminister Otto den Landtag und führte in seiner Ansprache aus, daß in Folge der ungünstigen Gestaltung der Reichseinnahmen, sowie in Folge der Verminderun des Ueberschusses des Kammergutes die Finanzen des Herzogthums nicht das günstige Bild zeigten, wie seit langen Jahren. Der Minister kündigte Sparsamkeit in den Ausgaben an, sowie den Ersatz der Personalsteuer durch eine mehr einbringende Einkommensteuer. Das Präsidium wurde wiedergewählt.

Lokales.

Posen, 25. Januar.

p. **Wie ansteckend** die „anarchistische“ Bombenspielerei wirken kann, zeigt folgender mindestens als gemeingefährlicher Unfug zu bezeichnender Vorfall. In dem Hofe des Hauses St. Martinstraße 26 wurde nämlich gestern Abend eine Blechbüchse gefunden, die sich bei näherer Untersuchung als mit Schießpulver und Zündhütchen gefüllt erwies. Die Ladung war stark genug, um einen Menschen, der eventuell auf die Büchse getreten hätte, gefährlich zu verletzen. Das Geschoß wurde nach der Polizei gebracht, wo es durch den Polizei-Inspektor Herrn Bentzki vorsichtig geöffnet wurde. Die Polizei fahndet eifrig nach dem Thäter.

p. **Die öffentlichen Festlichkeiten** am Geburtstage des Kaisers sollen nach einem Ministerialerlaß auf Wunsch des Monarchen nicht bis nach Mitternacht ausgedehnt werden. Die Polizeibeamten sind deshalb angewiesen, überall am Sonnabend Abend auf den zeitigen Schluß der öffentlichen Tanzvergnügen u. s. w. zu achten.

Telegraphische Nachrichten.

Prag, 24. Jan. [Omladinaprozeß.] In der heutigen Verhandlung wurde das Protokoll verlesen, welches mit dem inzwischen ermordeten Mrva seitens der Polizei aufgenommen wurde. Zum Schlusse des Protokolls sagte Mrva aus, daß er sich wegen seiner Aussagen Feinde gemacht habe und befürchte, daß man ihm nach dem Leben trachte. Morgen Vormittag wird der letzte Angeklagte, Redakteur Hain, verhört werden.

Rom, 24. Jan. Rudini erklärte einem Vertreter des „Corriere di Napoli“, daß er niemals mit Rußland weder politische noch commercielle Verhandlungen gepflogen habe. Der Besuch des Ministers v. Giers in Monza sei mit Vorwissen der verbündeten Regierungen erfolgt. Er (Rudini) habe bei Uebernahme der Regierung in Berlin und Wien angezeigt, daß er die Verhandlungen über Erneuerung des Dreibundes dort aufzunehmen wünsche, wo Crispi dieselben bei seinem Rücktritte ihm übergeben habe. Auch in seinen Kammererklärungen habe er wiederholt das unveränderte Festhalten am Dreibunde ausgesprochen.

London, 24. Jan. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ aus Rio de Janeiro, hatte General de Gama gestern eine vierstündige Unterredung mit dem Admiral der nordamerikanischen Union, Benham, dessen Vermittelung er nachgesucht haben soll.

London, 24. Jan. Der hiesige griechische Geschäftsträger hat dem englischen Komitee der Inhaber griechischer Werthe schriftlich mitgetheilt, die griechische Regierung erkenne an, daß keine Obligation und kein Titre ohne Zustimmung der Inhaber einer dauernden Modifikation unterliegen könne. Das Komitee antwortete, es nehme Akt von der Erklärung, und fügte hinzu, falls die französischen und deutschen Komitees derselben Ansicht wären, wäre es geneigt, über eine zeitweilige Modifikation der Zinsen in Unterhandlung zu treten.

Brüssel, 24. Januar. Die „Independance belge“ verzeichnet unter Vorbehalt das Gerücht, daß in der Schlacht bei Kassongo, welche mörderischer war als ursprünglich berichtet, auch Baron Dhanis getödtet worden sei. Die Truppen des Kongostaates geriethen zwischen das Feuer von Rumaliza und von Gongo Lutete, welcher Verrath geübt hatte. Lutete wurde von den Truppen der Nachhut, welche ihn bei dem Verrath ertappten, getödtet.

Bern, 24. Jan. Der Bundesrath hat entsprechend dem Antrage des Finanzdepartements mit 4 gegen 3 Stimmen beschlossen, daß die zu errichtende Notenmonopol-Bank den Charakter einer reinen Staatsbank erhalten soll.

Belgrad, 24. Jan. Die serbischen Gesandtschaften und Konsulate sowie die Kreispräfekten wurden noch im Laufe der Nacht von der erfolgten Bildung des Kabinets Simitsch telegraphisch verständigt.

Washington, 24. Jan. Das Repräsentantenhaus lehnte sämmtliche vier Unteranträge, wonach der Zoll auf Kohle zwischen 40 bis 75 Cents pro Tonne festgesetzt werden sollte, ab. Die Niederlage der Demokraten, welche die Kohle- und Zuckerverzollung befürworteten, dürfte die Bewegung zu Gunsten einer nochmaligen Ueberweisung der Tarifvorlage an die Kommission stärken.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg.“

Berlin, 25. Januar, Morgens.

Der „Kreuzztg.“ zufolge ernannte der Kaiser den Präsidenten des Oberkirchenraths, Barkhausen, zum Präsidenten des Dom-Kirch-Kollegiums.

Der Reichskommissar Dr. Peters ist an der Bronchitis erkrankt.

Gestern Mittag fanden in Wien beim Aufzuge der Burgwache Raufereien statt. Als die Wache einschritt, stürzten sich die Excedenten auf die Wachleute und hieben auf dieselben ein. Ein Offizier stürzte sich den Excedenten, welche bei dem Anrücken von Militär entflohen, mit gezücktem Säbel entgegen.

Der „Tribuna“ zufolge stellt die italienische Regierung in der Voraussicht der Zurückweisung der Konvention über die Nationalität des italienischen Silbers seitens Frankreich eine Untersuchung darüber an, wie große Lasten für den Staatsschatz, und welche Vortheile für die finanzielle Aktionsfreiheit Italiens aus der Kündigung des lateinischen Münzbundes erwachsen würden.

Wie man aus Rom meldet, wurde bei Avenza ein Bote, der die Aufständischen belastende Briefschaften mit sich führte, festgenommen.

Wie aus Rom gemeldet wird, manifestirten am Mittwoch die Studenten der Universität Pavia.

In Rom wurde am Mittwoch eine erhebliche Verminderung der Zurückziehung von Einlagen bei der Sparkasse konstatirt. Die neuen Einlagen mehren sich.

General Hensch erklärte, wie aus Massa gemeldet wird, in einer Konferenz mit den Unterpräfekten und den Bürgermeistern der Provinz, seine Aktion wolle nicht nur die Ordnung sichern, sondern auch darauf gerichtet sein, bei der Regierung die Maßregeln zu beantragen, welche geeignet wären, die Verhältnisse der Bevölkerung besser zu gestalten.

In ganz Sicilien herrscht vollständige Ruhe.

Unweit der russischen Gouvernementsstadt Ssamara stieß ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Dabei verbrannten vier Naphta-Waggons und 15 Personen kamen in den Flammen um.

Wie das „Berl. Tgbl.“ aus Sofia meldet, hat der Sanitätsrath die Wiedererrichtung des Orientexpreßzuges ohne Quarantäne genehmigt. Die Passagiere dürfen jedoch nur bei Habitschewo den Zug verlassen.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
24. Nachm. 2	756,1	W stark	halb bedeckt	+ 2,0
24. Abends 9	759,8	NW frisch	heiter [1]	+ 0,1
25. Morgs. 7	759,9	SW mäßig	bedeckt [2]	− 1,2

[1]) Um 4 Uhr schwacher Schneefall. [2]) Reif.

Am 24. Jan. Wärme-Maximum + 4,1° Cels.
Am 24. „ Wärme-Minimum + 0,1° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. Jan. Morgens 0,74 Meter
„ „ 24. „ Mittags 0,74 „
„ „ 25. „ Morgens 0,74 „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin,** 24. Jan. [Zur Börse.] Der Coursaufschwung an der gestrigen hiesigen Nachbörse fand Abends nur schwachen Widerhall, in Wien war die Tendenz auf die serbischen Angelegen-

heiten sogar schwach. Gerade von dort ging indeß heute vorbörslich Anregung zur Festigkeit aus, die sich auch hier accentuirte. Die österreichischen Werthe kamen durchweg ins Steigen, und italienische Titres, die zuerst reservirt blieben, folgten später dieser Tendenz. Es fanden wieder zahlreiche Platzkäufe in Rente und den beiden Bahnen statt. Allmählich belebte sich nun das Geschäft zusehends. Nicht allein die Befriedigung über die Versöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck, auch die neue Kabinetsbildung in Serbien (s. Depesche) und billigere Geldsätze (Ultimogeld circa 3¾ Proz.), überhaupt eine etwas zuversichtlichere Gesammtstimmung trugen hierzu bei. Neben den leitenden Bankaktien, Diskonto- und Kreditaktien, ferner Handelsgesellschaft und Dresdner Bank waren namentlich auch Montanwerthe lebhaft und höher. Kohlenaktien gewonnen 1 bis 2 Prozent auf Deckungskäufe wie Nichtbestätigung der gestrigen Tendenzmeldung; auch der Harpener Monatsausweis wurde als relativ günstig beurtheilt. Eisenaktien stiegen auf die Preiserhöhung in Schottland und eine solche beim schlesisch-mitteldeutschen Verband erwartete; neben Bochumern waren speziell Laura-Aktien gefragt und höher. Von Eisenbahnaktien wurden Warschau-Wiener zu prozentweise gebessertem Course von erster Seite gekauft. Oesterreichische Aktien zogen ca. ½ Proz. an, deutsche und schweizerische waren still; italienische lebhaft und steigend. Von Rentenwerthen waren Italiener stabil, indeß eher zur Festigkeit neigend; auch ungarische und Türkenloose zogen an; russische Werthe und Noten, ebenso Schiffahrts-Aktien, litten unter Realisirungen.

Breslau, 24 Jan. (Schlußkurse.) Fest.
Neue 3proz. Reichsanleihe 85,95 3½ proz. L.-Pfandbr. 8 00. Konsol. Türken 22,85 Türk. Loose 91 50, 4proz. ung. Goldrente 95,75, Bresl. Diskontobank 95,10, Breslauer Wechslerbank 94,25, Kreditaktien 217.90, Schles. Bankverein 111 00, Donnersmarckhütte 92,00, Flöther Maschinenbau —,—, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126 40, Oberschles. Eisenbahn 58 00, Oberschles. Portland-Zement 89 75, Schles. Zement 139.50, Oppeln. Zement 105 50, Kramsta 129 00, Schles. Zinkaktien —,—, Laurahütte 114,25, Verein. Oelfabr. 84 00, Oesterreich. Banknoten 163.10, Russ. Banknoten 2 0.75, Giesel Cement 90 00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 92 0, Breslauer elektrische Straßenbahn 121.00.

Frankfurt a. M., 24. Jan. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 286⅞, Franzosen 258, Lombarden 89⅜, Ungar. Goldrente 85 80, Gotthardbahn 148,70, Diskonto-Kommandit 1789, Dresdner Bank 31,40, Berliner Handelsgesellschaft 126 90, Bochumer Gußstahl 123,40, Dortmunder Union St.-Pr. —,—, Gelsenkirchen 143 60, Harpener Bergwerk 135 90, Hibernia 115 20, Laurahütte 113,60, 3proz. Portugiesen —,—, Italienische Mittelmeerbahn 7,70, Schweizer Centralbahn 113,10 Schweizer Nordostbahn 103,40, Schweizer Union 75 20, Italienische Meridionaux 104 50 Schweizer Simplonbahn 54 40 Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 64 90 Italiener 75,20. Ruhig.

Hamburg, 24 Jan. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 287 50, Lombarden 216 50 Diskonto-Kommandit 174 10, Russische Noten 221,00, Nordd. Bank —,—, Italiener 75,20, Deutsche Bank —,—, Laurahütte 113,25, Packetfahrt 100,50, Dresdner Bank —,—. Still.

Petersburg, 24 Jan. Wechsel auf London 92 55, Wechsel auf Berlin 45,25 Wechsel auf Amsterdam —,—, Wechsel auf Paris 36,72½, Russ. II. Orientanleihe 101⅛, do. III. Orientanleihe 1 2 do. Bank für auswärt. Handel 331½, Petersburger Diskontobank 469, Warschauer Diskontobank —. Petersb. internat. Bank 486, Russ. 4½proz. Bodenkreditpfandbriefe 152. Gr. Russ. Eisenbahnen 271⅝, Russ. Südwestbahn-Aktien 114¼. Regen.

Bremen, 24 Jan (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Still. Loko 4 75 Br.

Baumwolle. Willig. Upland middl. loko 40¼ Pf., Upland, Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, er Jan. 39¾ Pf p. Febr. 39¾ Pf., p. März 40 Pf, p. April 40¼ Pf., p. Mai 40¾ Pf., p. Juni 41 Pf.

Schmalz. Ruhig. Loko Wilcox 43½ Pfg., Armour shield 43 Pf., Cudahy 45½ Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 36 Pf.

Speck. Ruhig. Short clear middl. loco 37½, Januar-Abladung 37½.

Wolle. Umsatz: 114 Ballen.

Tabak. Umsatz: 57 Fässer Maryland, 24 Faß Virginy.

Hamburg, 24. Jan. Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Jan. 12,55, p. März 12,67½, per Mai 12,80, per Sept. 12,75. Fest.

Hamburg, 24. Jan. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Jan. 83¼, per März 82¾, per Mai 81¼, per Sept. 77¾. Ruhig.

Paris, 24 Jan (Schluß.) Rohzucker behpt., 88 Proz. loko 34,50. — Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Jan. 37 62½, p. Febr. 37,75, per März-Juni 37,87½, per Mai-Juni 38 00.

Paris, 24 Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen fest per Januar 21,50, per Februar 21,50, per März-April 21,70, per März-Juni 22,00. — Roggen behpt., p. Jan. 14,60, per März-Juni 15,10. — Mehl fest, per Januar 44,70, per Februar 45,10, per März-April 45,70, per März-Juni 45,90. Rüböl ruhig, per Januar 57,75, per Februar 58,00, per März-April 58,00, per März-Juni 58 00. — Spiritus ruhig, per Jan. 34,75, per Febr. 35,25, per März-April 35 75, p. Mai-August 36 75. Wetter: Kalt.

Havre, 24 Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 5 Points Baisse.

Rio 9000 Sack, Santos 5000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Havre, 24 Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. Jan. 104,00, per März 103,75. p. Mai 101,25. Ruhig.

Antwerpen, 24 Jan Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12¾ Br. Fest.

Antwerpen, 24. Januar. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Amsterdam, 24. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine geschäftsl., p. März —, p. Mai —. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine geschäftslos, per März —, p. Mai —. — Rüböl loko 25, per Mai 23⅞, p. Herbst 21⅛.

Amsterdam, 24 Jan. Java-Kaffee good ordinary 53.

Amsterdam, 24 Jan Bancazinn 45.

London, 24 Jan Chili-Kupfer 41½, p. 3 Monat 41⅞.

London, 24 Jan An der Küste 1 Weizenladungen angeboten. Wetter: Frost.

Glasgow, 24 Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 7 d.

Leith, 24. Januar [Getreidemarkt.] Markt fortgesetzt sehr flau, bei wenigen Preisveränderungen.

Liverpool, 24. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ball., davon für Spekulation u. Export 1500 Ball. Ruhig. Pernam fair 4 7/16.

Middl amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 4⅛ Käuferpreis, Febr.-März 4 9/64 Werth, März-April 4 5/32 Käuferpreis, April-Mai 4 ?/64 do., Mai-Juni 4 7/32 do, Juni-Juli 4 15/64 do., Juli-August 4 17/64 do., August-Sept. 4 19/64 d. Verkäuferpreis.

Newyork, 23 Jan Waarenbericht. Baumwolle in New York 7⅞, do. in New-Orleans 7 5/16. Petroleum ruhig, do in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5.10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Jan. 80 Schmalz Western steam 8,15, do. Rohe u. Brothers 8,40. Mais p. Jan. 42¾, do. p Febr. 43⅛, do. p. Mai 44¾. Rother Winterweizen 67⅛, do. Weizen p. Januar 65½, do. Weizen p. Febr. 65¾, do. Weizen per März 66⅞, do. Weizen p. Mai 69. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅞, do. Rio Nr. 7 p. Februar 16,37, do. Rio Nr. 7 p. April 15,82. — Mehl Spring clears 2,10 — Zucker 2 11/16. — Kupfer loko 10,00.

Chicago. 23. Jan. Weizen per Jan. 59⅜, per Mai 63¾ — Mais per Jan. 34⅞. — Speck short clear nom. Pork per Jan 13,20.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 25 Jan. Wetter: Kalt.

Hamburg, 24. Jan. Salpeter loko 8,80, Februar-März 8,85. Ruhig.

Newyork, 24. Jan. Weizen per Jan. 65¾ C., per Febr. 66 C.

Berliner Produktenmarkt vom 24. Januar.

Wind: NW., früh — 1 Gr. Reaum., 760 Mm. — Wetter: Kälter.

Dem Einfluß des abermaligen und diesmal nicht unerheblichen Rückgangs der amerikanischen Weizenpreise hat sich nunmehr auch unser Markt nicht mehr zu entziehen vermocht, um so weniger, als gleichzeitig auch eine Neuerwerbung südamerikanischer Waare erfolgt ist. Das Angebot von Weizen zeigte sich daraufhin entschieden entgegenkommender als in den letzten Tagen, und bei bis zu ¾ M. nachgebenden Preisen gestaltete sich der Verkehr eher ein wenig lebhafter als seither.

Roggen blieb allerdings nach wie vor sehr still und der Schluß ist nach anfänglicher geringer Verschlechterung gegen gestern ganz unverändert.

Hafer eröffnete neuerdings etwas höher, war dann aber doch mehr angeboten und schloß ermattet.

Roggenmehl hat sich nicht verändert.

Rüböl blieb andauernd geschäftslos.

Spiritus zeigte mattere Haltung und hat etwa 20 Pfg. gegen gestern nachgegeben.

Weizen loco 137—149 Mark nach Qualität gefordert, April 147,25—147 M. bez., Mai 148,25—147,75—148 M. bez., Juni 149—148,75 M. bez., Juli 150—149,75 M. bez.

Roggen loco 123—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126—126,50 M. ab Bahn bez., Januar 126,50 M. bez., April 130,75—131 M. bez., Mai 131,50—131,25 M. bez.

Mais loko 113—121 M. nach Qualität gef., Jan. 112,50 M. nom., Mai 106,75 M. nom., Juni 107,25 M. nom., Juli 107,75 M. nom., September 109,25 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 140—180 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 141—162 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 142—162 M., do. schlesischer 142—162 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 164—173 M. ab Bahn bez., Mai 142,75—142,00 bis 142,25 M. bez., Juli 139,75—139,00 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25 bis 15,50 M. bez., Januar 16,20 M. bez., Mai 16,85 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 46,2 M. bez., April Mai 46,9 M. bez., Mai 47 M. bez., Oktober 47,9 M. bez.

Petroleum loko 19,80 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,4 M. bez., Januar 36,4 M bez., April 37,6 bis 37,4 M. bez., Mai 37,8—37,6 M. bez., Juni 38,2—38 M. bez., Juli 38,6—38,4 M. bez., August 38,9—38,7—38,8 M. bez., September 39,2—39 M. bez.

Kartoffelmehl Januar 15,00 M. Br.

Kartoffelstärke, trockene, Jan. 15,00 M. Br. (R. B.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling — 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto Wechselv. 24. Jan.

Platz	Diskonto	Sicht	Kurs
Amsterdam..	5	8 T.	169,35 bz
London	3	8 T.	20,42 bz
Paris..............	2½	8 T.	81,15 G.
Wien	5	8 T.	162,95 bz
Petersburg ..	5½	3 W.	219,25 bz
Warschau	5	8 T.	220,15 bz

In Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 2⅜ bz

Geld, Banknoten u. Coupons.

Sorte	Kurs
Souvereigns	20,38 bz
20 Francs-Stück........	16,22 B.
Gold-Dollars	
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,44 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,30 B.
Oestr. Noten 100 fl....	163,00 bz
Russ. Noten 100 R.....	221,40 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Papier	Zf.	Kurs
Dtsche. R.-Anl.	4	107,30 bz
do. do.	3½	100,60 bz
do. do.	3	86,00 bz
Prss. cons. Anl.	4	107,30 bz
do. do.	3½	100,70 bz
do. do.	3	86,00 bz
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,30 G.
Sts.-Schld-Sch	3½	100,00 bz
Berl. Stadt-Obl	3½	98,10 G.
do. do. neue	3½	98,25 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine ..	3½	95,25 G.
Pfandbriefe: Berliner....	5	
do.	4½	107,70 G.
do.	4	104,90 B.
do.	3½	98,90 G.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,00 bz
Kur. u Neu-mrk. neue	3½	98,25 bz G.
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,60 bz
Pommer ..	3½	98,10 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,30 bz
do.	3½	97,20 G.
Schls. altl.	3½	98,10 B.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	98,10 B.
do.	4	
do. neu do.	3½	98,10 B.
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	96,80 bz
do. neu I. II.	3½	96,80 bz
Renten: Pommer...	4	103,30 bz
Posensch.	4	103,20 bz
Preuss.	4	103,30 G.
Schles.......	4	103,20 G.
Bad. Eisenb.-A.	4	104,50 G.
Bayer. Anleihe	4	107,10 G.
Brem. A. 1892	3½	
Hmb. Sts. Rent.	3½	98,30 G.
do. do. 1886	3	85,40 bz G.
do. amort. Anl.	3½	97,10 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	100,00 G.
do. Staats-Rnt.	3	86,20 G.
Prss. Präm-Anl	3½	120,00 G.
H. Pr.-Sch. 40T	—	
Bd. Präm.-Anl.	4	135,00 G.
Bayr. Pr.-Anl.	4	143.60 G.

Papier	Zf.	Kurs
Brnsch. 20T. L.	—	104,50 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	130,90 bz G.
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	131,40 bz
Lüb. 50T.-L.	3½	127,00 B.
Mein. 7Guld-L.	—	26,90 G.
Oldenb. Loose	3	129,40 B.

Ausländische Fonds.

Papier	Zf.	Kurs
Argentin. Anl...	5	45,90 bz
do. 1888	4½	40,70 bz G.
Bukar. Stadt-A.	5	94,30 G.
Buen. Air. Obl.	5	31,10 bz
Chines. Anl.....	5½	103,90 bz G.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	96,00 bz
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.....	—	59,10 G.
Griech. Gold-A	5	30,90 bz G.
do. cons. Gold	4	25,25 bz G.
do. Pir.-Lar.	5	28,25 bz
Italien. Rente..	5	75,60 bz
Kopenh. St.-A.	3½	93,70 bz G.
Lissab. St. A. I. II	4	51,75 bz G.
Mexikan. Anl...	6	65,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	69,80 G.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97 75 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	4⅕	94 00 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,90 bz G.
do. 250 Fl. 54.	4	146,00 bz G.
do. Kr 100 (58)	—	322,00 bz G.
do. 1860er L.	5	145,75 bz G.
do. 1864er L.	—	324,25 bz
Poln. Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	67.90 B.
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,40 bz
Port. A 88—89	—	28,70 bz G.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	101,40 bz
Röm. Stadt-A.	4	79,50 G.
do. II. III. VI.	4	68,80 bz G.
Rum. Staats-A.	4	83,00 bz
do. Rente 90	4	84,00 bz G.
do. do. fund.	5	102,50 G.
do. do. amort.	5	95,25 bz G.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,60 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	100,50 G.
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,50 G.
III. Orient 1879	5	69,60 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O..	4	
Pr.-Anl. 1864..	5	166,40 bz
do. 1866..	5	155,30 bz
Bodkr.-Pfdbr...	5	109,25 bz G.
do. neue..	4½	104,00 G.
Schwedische ..	3½	96,30 G.
Schw. d. 1890	3½	96,50 B.
do. 1883	4	100.80 bz G.

Papier	Zf.	Kurs
Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,10 bz
Serb. Gld-Pfdb.	5	75,75 bz
do. Rente......	5	67,00 bz G.
do. neue 85	5	67,00 bz G.
Stockh. Pf. 85..	4½	102,70 bz
do. St.-Anl. 86	4	100,00 bz
Span. Schuld..	4	62,75 G.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,40 G.
do. Consol. 90	4	95,00 B.
do. Zoll-Oblig	5	
Trk. 400 Frc.-L	—	92,60 bz G.
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,70 bz G.
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,50 G.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose.......	—	
do. Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,75 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Papier	Div.	Kurs
Aachen-Mastr..	—	59 25 bz
Altenbg.-Zeitz	—	190,00 bz
Crefelder	1¼	72,30 bz
Crefld-Uerdng	—	86,00 G.
Dortm.-Ensch.	—	109,75 bz
Eutin. Lübeck..	—	41,60 bz
Frnkf.-Güterb.	—	
Ludwsh.-Bexb.	9¼	222 80 bz G.
Lübeck-Büch...	—	136,30 G.
Mainz-Ludwsh	—	112,00 bz
Marnb.-Mlawk.	—	75,90 bz
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	102,30 bz G.
Ostpr. Südb.....	—	75,75 bz
Saalbahn	—	24,50 bz
Stargrd-Posen	4½	102,50 bz
Weimar-Gera..	—	15,00 G.
Werrabahn......	—	49,75 bz
Albrechtsbahn	2	
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb...	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	221 80 bz
Canada Pacifb.	5	70,30 bz
Dux-Bodenb	—	
Galiz. Karl-L....	5	104,25 bz G.
Graz-Köflsch...	—	123,25 bz G.
Kaschau-Od	4	
Kronpr. Rud....	4¾	
Lemberg-Cz	7	126,60 G.
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	—	102,10 bz
do. Nordw.	4½	107,00 bz
do. Lit. B. Elb.	—	121,75 bz G.
Raab-Oedenb.	—	129,80 bz
Reichenb.-P	—	
Südöstr. (Lb.)..	—	48,30 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz....	5	
Balt. Eisenb.	3	67,25 bz
Donetzbahn	5	115,00 bz B.
Ivang. Domb...	5	110.20 bz
Kursk-Kiew	12,65	218,00 bz
Mosco-Brest....	—	71,90 bz
Russ. Staatsb...	6,56	149,40 G.
do. Südwest..	5.45	78.40 B.

Papier	Div.	Kurs
Wrsch.-Teres.	5	108,70 bz
Wrsch.-Wien..	—	230,70 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	101, 0 bz
Gotthardbahn	—	152,90 bz
Ital. Mittelm.....	5	77,80 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	104,75 bz
Lüttich-Lmb. ..	—	31,60 bz B.
Lux. Pr. Henri	—	62,25 bz
Schweiz. Centr	—	116,75 bz
do. Nordost	—	107,50 bz B.
do. Unionb..	—	78,00 G.
do. Westb...		
Westsicilian ...	3⅗	46,50 bz

Eisenb.-Stamm-Priorität.

Papier	Div.	Kurs
Altdm. Colberg	4½	112,00 bz
Bresl.-Warsch	1 3/20	56,75 bz G.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,50 B.
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	111,50 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron...	—	114,90 bz
Marienb Mlawk	—	110,80 bz G.
Mecklb. Südb..	—	54,40 G.
Ostpr. Südb.....	—	106,75 bz B.
Saalbahn	—	93,90 bz
Weimar-Gera	—	85,50 bz G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.

Papier	Zf.	Kurs
Bresl-Warschauer Bahn..	5	
Gr Berl. Pferde Eisenbahn......	4	102,00 B.
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	101,60 bz G.
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	101,80 G.
Dux-Bodenb. I.		
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	100 80 G.
Franz.-Josefb.	4	94,10 G.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	92,25 bz
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	97,90 B.
KronpRudolfb.	4	93,20 B.
do. Salzkammg	4	101,10 G.
LmbCzern. stfr	4	93,00 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	86,40 bz B.
do. Staats-I. II.	5	108,25 G.
do. Gold-Prio.	4	101,50 bz B.
do. Lokalbahn	4	100,40 bz
do. Nordwestb.	5	104,25 bz G.
do. NdwB. G-Pr	5	107,60 G.
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,60 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	60,80 B.
do. Obligation.	5	104,50 G.
do. Gold-Prior.	4	97.30 bz

Papier	Zf.	Kurs
Baltische gar.....	5	
Brest-Grajewo....	5	101,40 G.
Gr. Russ. Eis. gar	3	
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,80 G.
Kozlow-Wor. g.	4	95,20 bz
do. 1889	4	95,60 bz
do. Chark. As. (O)	4	95,25 G.
do. (Oblig.) 1889	4	96,20 G.
Kursk-Kiew conv	4	95,80 bz G.
Losowo-Sebast.	5	
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	91,00 bz G.
do. Rjäsan gar.	4	96,50 bz G.
do. Smolensk g.	5	103,40 bz G.
Orel-Griasy conv	4	95,30 G.
Poti-Tiflis gar.....	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,40 bz
Rjaschk-Morcz. g	5	103,30 bz G.
Rybinsk-Bolog. ..	5	96,75 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar...	4	99,30 bz
Transkaukas. g...	3	83,70 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,80 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,20 bz
Wladikawk. O. g.	4	99,30 G.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,50 bz G.
Gotthardbahnov.	4	103,00 bz
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,50 bz G.
Süd-Ital. Bahn....	3	51,50 G.
Serb. Hyp.-Obl...	5	68,90 bz G.
do. Lit. B.........	5	
Central-Pacific...	6	
Illinois-Eisenb. ..	4	97,80 G.
Manitoba.............	4½	95,00 G.
Northern Pacific	6	105,90 G.
San Louis-Franc.	6	90,25 G.
Southern Pacific	6	104,00 G.

Hypotheken-Certifikate.

Papier	Zf.	Kurs
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,00 G.
do. do. II.	3½	107,70 B.
do. do. III. abg.	3½	99,60 bz G.
do. do. IV. abg.	3½	99,60 bz G.
do. do. V. abg.	3½	95,20 bz B.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	
do. do.	4	102,40 bz G.
do. do.	3½	94,20 bz
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkündbar bis 1./1.1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3½	93,80 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	110,10 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	128,75 bz
Pomm. Hypoth.-Akt. B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,75 G.
do. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,30 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,80 G.
do. do. X (rz. 110)	4½	112,25 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,00 B.
Pr. Cent.-Pf. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100	3½	95,50 bz G.
do. do. kündb. 1900	4	103,00 bz G.
Pr. Centr.-Pf. Com-O	3½	95,25 G.

Papier	Zf.	Kurs
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	115,00 bz
do. do. VI. (rz. 110)	5	
do. div. Ser. (rz. 100)	4	101,00 bz G.
do. do. (rz. 100)	3½	95,00 bz
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,75 bz
do. do. do.	3½	95,10 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,60 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,50 bz G.
do. do. (rz. 100)	4	101,50 bz G.

Bankpapiere.

Papier	Div.	Kurs
B. f. Sprit-Prod. H	3	70,00 bz G.
Berl. Cassenver.	4½	127,40 G.
do. Handelsges.	6	133,40 bz B.
do. Maklerver. ..	8¼	116,00 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	130,80 G.
Bresl. Disc.-Bk...	5	95,60 G.
do. Wechslerbk.	4½	94,30 bz
Danz. Privatbank	7⅓	137,25 G.
Darmstädter Bk.	5¼	132,80 bz
do. do. Zettel	3,70	99 70 bz
Deutsche Bank..	8	156,50 bz G.
do. Genossensch	4⅚	111,75 G.
do. Hp. Bk. 60 pCt	7	117,80 G.
Disc.-Command.	6	178,25 bz
Dresdener Bank	7	135,50 bz G.
Gothaer Grundcreditbank	3½	87,25 G.
Internat. Bank....		
Königsb. Ver.-Bk	5	97,00 bz B.
Leipziger Credit	8½	175,00 bz B.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,6 B.
Maklerbank	5	106,10 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	134,00 bz
Meininger Hyp.-Bank 70 pCt.....	6	109,80 G.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	95,75 bz G.
Nationalbk. f. D.	5	107,50 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	
Oester. Credit-A.	9 1/16	218,40 bz
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	113.75 G.
Posen. Prov.-Bk.	4½	104,25 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,25 bz
do. Cnt-Bd 60 pCt	9½	158,10 G.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,00 bz G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,50 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	222,00 bz
do. Leihhaus	—	92,00 G.
Reichsbank..........	6,38	150,80 bz
Russische Bank..	—	
Schles. Bankver.	—	111,25 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.

Papier	Div.	Kurs
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	137,40 bz G.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Baiges.: Berl.-Charl.	7,18	782,00 G.
City St.-Pr....		
Dtsche. Bau	—	76,50 G.
Hann.-St. P...	—	66,75 G.

Papier	Div.	Kurs
Bauges. Humb...	—	124,00 B.
Moabit............	—	134,00 B.
Passage	—	65,75 bz G.
U. d. Linden..	—	
Berl. Elekt.-W. ..	8½	157,60 G.
Berl. Lagerhof....	—	81.50 bz
do. do. St.-Pr.	—	113,50 bz
Ahrens Br., Mbt.	0	43,00 G.
Berl. Bock-Br....	0	53,00 bz G.
Schultheiss-Br. ..	15	229,00 bz G.
Bresl. Oelw.........	4½	84,00 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,75 B.
Deutsche Asph...	—	79,00 G.
Dynamit Trust...	10	132,10 bz G.
Erdmannsd. Sp...	—	89,75 bz G.
Fraust. Zucker...	7	111,00 G.
Glauz. Zucker	3⅔	112,30 bz
Gummi HarWien	25	285,00 G.
do. Schwanitz	—	178,25 G.
do. Voigt Winde	—	130,90 bz
do. Volpl. Schldt.	—	93,25 G.
Hemmoor Cem...	—	103,75 G.
Köhlin. Strk.	14	224,00 B.
Körbisdf. Zucker	2½	104,25 bz
Löwe & Co.........	—	246,25 bz G.
Bresl. Linke........	—	147,10 G.
do. Hofmann..	—	132,00 B.
Germ. Vrz.-Akt...	—	70,50 B.
Görlitz Körn.......	7	118,00 G.
Görl. Lädr..........	9	135,50 G.
Grusonwerk		
H. Pauksch..........	3	59,00 B.
Schwarzkopff......	15	220,50 G.
Stettin-Vulk.-B. ..	—	103,60 bz G.
Sudenburg..........	—	169,00 B.
O.-Schl. Cham...	—	57,25 G.
do. Portl.-Cem...	—	89,25 G.
Oppeln. Cem.-F.	—	105,70 G.
do. (Giesel)..	—	89.50 G.
Gr. Berl. Pferdeb.	—	240,75 bz G.
Hamb. Pferdeb...	0	96,50 B.
Potsd. ov. Pferdb.	—	87,00 B.
Posen. Sprit-F.....	5	
Rositzer Zucker	—	71,00 G.
Schles. Cement..	—	138,50 bz G.
Stett. Bred. Cem.	—	83,10 G.
do. Chamott...	—	193,75 G.
Bgw. u. H.-Ges...		
Aplerbecker	7	
Berzelius.	—	118,30 bz G.
Bismarkhütte......	8	153,50 bz G.
Boch. Gusst.-F...	3½	123,40 bz
Donnersmarck. ..	—	90,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	27,75 bz
Gelsenkirchen	9	147.30 bz
Hibernia..............	5½	119,00 bz G.
Hörd. St.-Pr.-A...	0	26,50 bz
Inowracl. Salz	1	42,40 bz G.
König u. Laura..	3	113,90 bz
Lauchham. cv.....	4½	93,00 G.
Louis. Tief. St.-P.	—	
Oberschl. Bed...	½	58,10 bz G.
do. Eisen-Ind.	4½	99,30 bz G.
Redenh. St.-Pr...	0	8,40 B.
Riebeck. Mont. ..	11	162,25 bz
Schles. Kohlw. ..	0	22,90 B.
do. Zinkhütte....	15	175,50 G.
do. do. St.-Pr.	15	175,50 bz G.
Stolb. Zink-H.	1	33,50 bz G.
do. St.-Pr.....	6	100,50 G.
Tarnowitz ov.	0	50,00 bz G.
do. do. St.-Pr.	0	19.00 bz G.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.